



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 10.10.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:01 Uhr bis 20:16 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger Vertreterin für Frau Winkler
Thomas Schied	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig, Vertreter für Herrn Bochmann
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Jan Wagner	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Rene Rebenstorf	Beigeordneter des Geschäftsbereichs II
Norbert Schültke	Leiter Fachbereich Mobilität
Karsten Golnik	Abteilungsleiter FB Stadtentwicklung
Frau Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Kathrin Böger	Leiterin Team Förderung/ Bewilligung/ Haushalt
Maik Stehle	Stellvertretende Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Martin Bochmann	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Kloeveborn	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Feigl** eröffnet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Feigl wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 5.6

Variantenbeschluss – Grundschule „Rosa Luxemburg“ – Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05918

→ **Hierzu liegt ein ÄÄ der FDP vor**

→ **Behandlung unter TOP 5.6.1**

Herr Schied vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 6.2.

Antrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig“ zur Vorbeugung der Yuppiesierung von Stadtquartieren

Vorlage: VII/2023/05967

Frau Dr. Wünscher sagte, dass es ohne das Votum des Bildungsausschusses ungünstig ist, zum TOP 5.6 + ÄÄ 5.6.1 abzustimmen.

Herr Rebenstorf schlug vor, den TOP 5.6 + ÄÄ 5.6.1 so spät wie möglich im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Feigl sagte, dass der Antrag im Bildungsausschuss als erstes behandelt werden soll.

Frau Dr. Wünscher schlug vor, dass Frau Brederlow zu diesem TOP etwas sagen kann.

Herr Feigl sagte, dass der TOP 5.6 + ÄÄ 5.6.1 nach dem TOP 9 behandelt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Feigl** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
 4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2023
 - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.09.2023
 5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097
 - 5.2. Ausnahme zur Höhe der maximalen Zuwendung im Rahmen der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Aktive Silberhöhe
Vorlage: VII/2023/05881
 - 5.3. Bebauungsplan Nr. 182 Sondergebiet Klinik Bergmannstrost - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VII/2023/05907
 - 5.4. Bebauungsplan Nr. 182 Sondergebiet Klinik Bergmannstrost - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2023/05908
 - 5.5. Verzicht Variantenbeschluss zur Umgestaltung der Emil-Abderhalden-Straße als Fahrradstraße
Vorlage: VII/2023/05923
 - 5.7. Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2023/06142
 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD-Fraktion, MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Richtlinie für ein Baulandmodell Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06039
 - 6.2. Antrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig“ zur Vorbeugung der Yuppisierung von Stadtquartieren
Vorlage: VII/2023/05967
- V E R T A G T**
7. Mitteilungen
 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 9. Anregungen
 - 5.6. Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05918
 - ÄÄ
5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06257
 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2023
 - 10.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.09.2023
 11. Beschlussvorlagen
 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

zu 4.1 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2023**

zu 4.2 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.09.2023**

Es wurden keine Einwendungen zu den öffentlichen Niederschriften vom 29. August 2023 und 12. September 2023 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurden.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022** **Vorlage: VII/2023/06097**

Herr Rebenstorf begrüßte Frau Zorn. Sie ist seit 2. Oktober neue Abteilungsleiterin Stadtplanung.

Herr Rebenstorf führte anhand einer Präsentation in die Teilhaushalte des Fachbereiches Städtebau und Bauordnung sowie des Fachbereiches Mobilität ein.

Frau Dr. Kreuzfeld fragte zu den Fluthilfemitteln. Sie fragte, ob es weniger Fluthilfemittel vom Land gibt und was dann mit den Maßnahmen passiert.

Herr Schültke sagte, dass mit Stand heute die Maßnahmen, die erwähnt wurden ausfinanziert sind, sodass die zugesagten Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Winkler bezog sich auf den Haushalt des Fachbereiches 61. Sie fragte, wo das Projekt „Bau eines Fuß- und Radweges auf der ehemaligen Kohlebahntrasse am Osendorfer See“ als Teil eines grünen Ringes, zu finden ist.

Frau Böger sagte, dass das Vorhaben im Finanzplan auf Seite 432 zu finden ist.

Herr Dr. Ernst sagte, dass Maßnahmen wie ein Spielplatz und Wegeverbindungen in der Silberhöhe und am Hohen Ufer noch in diesem Haushaltsjahr aufgeführt sind. Da beide Maßnahmen noch nicht begonnen wurden und im nächsten Jahr nicht aufgeführt sind, fragte er nach dem aktuellen Stand.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Kreuzfeld sagte, dass die Parkgebühren in gleicher Höhe wie im letzten Jahr aufgeführt sind. Sie fragte, ab wann die Erhöhung greifen würde oder ob zusätzliche Einnahmen hinzukommen.

Herr Schültke sagte, dass die Vorbereitungen der Ausschreibungen für die technische Anpassung und Ersatzbeschaffung der Parkscheinautomaten laufen. Sobald die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, können die Ausschreibungen beginnen. Er sagte, dass voraussichtlich im letzten Quartal 2024 begonnen werden kann, die Einnahmen zu erhöhen.

Herr Dr. Ernst fragte, woher die Kostensteigerung für die Unterhaltskosten für die Straßen kommen.

Herr Schültke antwortete, dass die Ausgangsbasis entscheiden ist. Er sagte, dass derzeit die Summe zur Straßeninstandhaltung bei weniger als 30 % liegt, sodass man bei einer Verdopplung 60 % der benötigten Aufwendungen gegenfinanziert bekommt.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Seite 677, Produkt Begrünung Marktplatz, mit 100.000 Euro. Er fragte, wofür diese 100.000 Euro vorgesehen sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass bestimmte Dinge vom Fachbereich 61 geplant werden und dann vom Fachbereich 67 baulich umgesetzt. Er sagte, dass in den 100.000 Euro das Wasserspiel und die Begrünung, all die Dinge die im Rahmen des Begrünungskonzeptes aufgelistet wurden, enthalten sind

Herr Dr. Meerheim fragte wann die Umsetzung der Grünvernetzung in der Südstadt beginnt.

Frau Böger antwortete, dass die Vernetzung bereits begonnen hat. Da es zwei unterschiedliche Fördertöpfe gibt, splittet sich die bauliche Fortsetzung auf.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob dasselbe für den Platz der Völkerfreundschaft gilt.

Frau Böger sagte, dass in den Vorjahren bei der Grünvernetzung bereits Mittel aufgelistet waren. Dies ist auf der Seite 1116 zu finden.

Frau Dr. Kreuzfeld fragte zum Stand des Ausbaus der B6/Leipziger Chaussee.

Herr Schültke sagte, dass ca. 2027/2028 mit einer Realisierung der Maßnahme gerechnet werden kann.

Herr Streckenbach fragte, ob es eine Gegenfinanzierung zur Gewerbeerschließungsstraße Radewell/Ammendorf gibt.

Herr Schültke antwortete, dass die Abgabe für den GRW Förderantrag bis Ende des Jahres befristet ist und die Verwaltung diesen Antrag einreichen wird. Dann muss abgewartet werden, was der Fördermittelgeber zu diesem Antrag sagen wird.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf das Produkt Sanierungsbetreuung auf der Seite 378. Er sagte, dass 1,7 Millionen Euro eingestellt sind und fragte, was sich dahinter verbirgt.

Frau Böger sagte, dass es sich bei dem Produkt um Ablösebeträge handelt, die im Sanierungsgebiet Altstadt vereinnahmt werden.

Herr Feigl stellte den Antrag auf Vertagung des TOP.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Feigl** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2024. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2024 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan 2024.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2022 zur Kenntnis.

**zu 5.2 Ausnahme zur Höhe der maximalen Zuwendung im Rahmen der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Aktive Silberhöhe
Vorlage: VII/2023/05881**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Eigendorf wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Feigl

Und gehen weiter mit dem Tagesordnungspunkt 5.2: Ausnahme zur Höhe der maximalen Zuwendung im Rahmen der Richtlinie der Stadt Halle über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Aktive Silberhöhe. Schöner Titel.

-Zwischenrufe-

Herr Panian wird uns dazu ein paar Worte sagen.

Herr Panian

Guten Abend. Das ist ja eine recht knappe Vorlage. Es geht eigentlich nur darum, dieses Kunstwerk was geschaffen werden soll, sozusagen das Geld jetzt freizugeben, damit wir das beauftragen und umsetzen können und damit die Künstlerin sozusagen das dann mit den Jugendlichen, wie es beschrieben ist, sozusagen entwickeln kann und damit es dann gebaut werden kann. Genau ... Also es ist ein Städtebaufördermittelprojekt, deshalb gibt es jetzt eine extra Vorlage dazu.

Herr Feigl

Dann würde ich ganz...vielleicht bleiben Sie einen Moment noch ... da würde ich ganz gerne nochmal nachhaken. Im Kulturausschuss ist das ja auch so schon mal vorgestellt worden. Es gab dann danach so ein bisschen Unsicherheit.

Das Geld ist ja, wenn ich das richtig verstanden habe, vom Fördermittelgeber in diesen Fonds mit eingezahlt worden und wird dann sozusagen aus diesem Fonds, wird dann sozusagen die Umsetzung bezahlt. Oder wird es sozusagen aus dem Fonds, so wie im Kulturausschuss berichtet, herausgenommen, herausgelöst, um das umzusetzen? Und wenn es sozusagen aus dem Verfügungsfonds bezahlt wird, dann sehe ich die eine oder andere formale Schwierigkeit, weil da die Höhen begrenzt sind für eine Maßnahme, ich glaube auf 5.000 €. Und dann auch ein Beteiligungsprozess durchaus dort noch mit angedacht ist. Ist der dann gelaufen oder wie wird das gelöst an dieser Stelle?

Herr Panian

Also, das soll dann in Zukunft passieren. Also wir haben Geld im Verfügungsfonds drin für die Verfügungsfondsprojekte und dieses eine Projekt, was wir einzeln beantragt haben, wurde dort reingebucht. Wir hatten es eigentlich als was Anderes beantragt. Und um das da jetzt rauszubekommen, wegen eben den Wertsommen, gibt es diesen extra Beschluss und sozusagen das wird dann aber auch nach den Regeln des Verfügungsfonds, weil es jetzt da dummerweise drin ist, umgesetzt.

Herr Feigl

Das war jetzt nicht uneindeutig, was sie gesagt haben. Also wenn ich das ...

-Zwischenrufe-

Herr Feigl

Die Kolleginnen wollen Ihnen zur Seite springen. Also die Frage stellt sich mir wirklich an dieser Stelle: Wenn wir das Kunstwerk jetzt aus dem Verfügungsfonds bezahlen, also direkt daraus finanzieren, dann haben wir die Pflicht ja also entweder einerseits die Höhen einzuhalten, also die Höhen der Einzelvergaben einzuhalten, und wir haben natürlich auch die Verpflichtung entsprechende Öffentlichkeitsbeteiligungen dort noch zu machen. Passiert das hier oder wie ... also wie wird das gelöst? Das ist die erste Frage.

Und die zweite Frage, die sich mir natürlich stellt, ist: Ist dann alles raus aus dem Verfügungsfonds und ist dann sozusagen ... oder wie viel ist da überhaupt drinne und wie viel wurde denn bisher abgerufen, gibt es weitere Ideen? Vielleicht können Sie darüber noch ein bisschen berichten.

Frau Böger

Ja, also es ist so, dass wir einen Topf Verfügungsfonds haben, wo jährlich 12.000 € zur Verfügung stehen. Das ist für Projekte, die sozusagen im laufenden Geschäftsjahr bei uns eingereicht werden, antragsmäßig und die wir damit auch bezuschussen können.

Und dieses separate Projekt ist vom Land als Verfügungsfonds mit aufgestellt worden. Ist einmalig für 30.000 €. Das sprengt natürlich den Rahmen. Unsere Satzung, die wir damals erlassen haben, wo sie schon richtigerweise sagten, dass wir da nur 5.000 € begrenzt jeweils immer an die entsprechenden Antragsteller verausgaben, diesbezüglich die Beschlussvorlage jetzt hier.

Das ist jetzt sozusagen dann eine Ausnahmegenehmigung, weil das ein herausragendes Projekt ist, was auch vom Land gewollt ist und dementsprechend auch eine separate Bewilligung, aber auch aus diesem Topf Verfügungsfonds bekommen hat. Das geht nicht zulasten der anderen Maßnahmen, weil wie gesagt, dafür gibt es jährlich 12.000 €. Die Antragsstellung, die läuft, die Bescheidung läuft und wir haben da schon verschiedene Vereine, Unternehmen damit bezuschusst.

Herr Feigl

Ich habe da mal ... wie rechtssicher sind wir denn jetzt, wenn wir diesen Beschluss fassen? Ist das rechtssicher so, dass uns keiner hinterher sagt: Ey, ihr habt doch aber hier ein anderes Regelwerk?

Frau Böger

Nein, also die Richtlinie schreibt nicht vor, wie viel ich an Verfügungs- ... an einen Antragsteller sozusagen ausreichen kann. Das schreibt nur unsere Satzung, die wir als Stadtverwaltung erlassen haben, die die Stadträte beschlossen haben, vor. Und diesbezüglich die Beschlussvorlage, dass wir hier eine Ausnahmegenehmigung machen um halt eben dieses hervorragende Projekt dann halt dann finanzieren zu können.

Herr Feigl

Ok, danke. Herr Sehrndt, danach Herr Streckenbach.

Herr Sehrndt

Also, wir durchbrechen ja unsere eigenen Regeln und wir machen eine Ausnahme von der Ausnahme, das ist ganz ungewöhnlich. Und dem werden wir nicht zustimmen.

Das ist sicherlich andersweitig zu regeln und wenn das Land das haben will, dann hätten sie es richtig buchen müssen. Ja, dann kann man es nicht im Verfügungsfonds buchen oder dafür vorsehen und sagen, dann macht mal.

Herr Feigl

Frau Böger.

Frau Böger

Ja, also dieses Projekt selber, das spricht schon für einen Verfügungsfonds. Also sprich, inhaltlich passt das genau in die Richtung, das ist jetzt nicht vom Land initiiert worden, dass wir das als Verfügungsfonds ausreichen müssen. Also es hat diese Merkmale, die in der Richtlinie vorgegeben sind und diesbezüglich ist das halt eben wie gesagt auch rechtens.

Vorsitzender

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja, also das Projekt, um das es hier geht, stammt ja von einer bekannten hallischen Künstlerin, die sich auch im Stadtteil und im Forum Silberhöhe engagiert, deswegen passt das auch wunderbar zu dem Verfügungsfonds.

Wir haben uns ja damals die Satzung so gegeben mit den Höchstgrenzen, damit möglichst viele Projekte gefördert werden können, sofern sie denn eingereicht werden, sofern es denn Ideen gibt. Und hier an dieser Stelle aus diesem Fonds ist es wohl so, dass einfach nicht ausreichend Projekte da sind, die man sozusagen auch zur Abstimmung stellen könnte, zur Bewertung stellen könnte und deswegen ist wahrscheinlich auch hier jetzt durch die Verwaltung die Möglichkeit eröffnet worden, dass wir hier mal eine Ausnahme sozusagen beschließen für das Projekt.

Insofern, das Projekt ist auch schon seit Jahren in der Pipeline. Es wurde vor Jahren auch öffentlich vorgestellt, auch in der Silberhöhe, im Forum Silberhöhe vorgestellt. Insofern ist das ein eigentlich ganz ausgezeichnetes Projekt, was dort an die Stelle wunderbar passt und

insofern würde ich auch von meiner Seite nochmal dafür werben, dass wir an dieser Stelle aus den genannten Gründen einfach zustimmen.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Von unserer Seite auch Zustimmung. Ich kann, was Kollege Streckenbach gesagt hat, nur unterstreichen.

Herr Sehrndt, Sie sind ja sehr konsequent. Sie waren ja damals auch gegen diese Verfügungsfonds und haben uns da lang und breit und sehr episch erklärt, warum das alles Quatsch ist. Man kann das so sehen. Man kann natürlich auch sagen, wenn man immer überall rumrennt und sagt „Es wird ja nichts gemacht und es passiert nichts und gerade in der Silberhöhe und in Neustadt, da wird nichts gemacht“, kann man einfach auch sagen, man stimmt sowas zu, weil natürlich ist es eine Ausnahme, aber es ist eine sinnvolle Ausnahme. Und es ist auch ein Zeichen in einem Stadtteil, wo ich zumindest das Gefühl habe, dass viele Leute sagen, Mensch, wenn Sachen passieren, angeschoben werden, dann ist das meistens nicht bei uns. Deswegen ist das ein gutes Projekt. Es ist sinnvoll. Sie haben die haushalterischen Auswirkungen und die rechtlichen Möglichkeiten total plausibel erklärt, deswegen ist das eine gute Sache, der wir gerne unsere Stimme geben. Vielen Dank.

Herr Feigl

Gut. Ich sehe keine weiteren ... doch, Herr Bochmann.

-Zwischenruf: Ne, der ist krank-

Herr Schied

Schied, ist mein Name. Ich finde es auch immer ... ich wollte mich dem anschließen ... ich finde es so merkwürdig, die AFD scheint irgendwie Probleme mit der Silberhöhe zu haben. Das find ich sehr... das find ich traurig. Sollte vielleicht der Wähler mal darüber nachdenken. Wir hatten ja das Thema Grillplatz. Die AfD wollte den Grillplatz nicht, weil sie Angst hatte, die Leute würden den vermüllen und so. Und dann weiß ich noch diesen Weg da hinten. Da hatten wir einen neuen Weg geplant. Da hieß es, der alte wäre noch gut genug. Und jetzt möchte man der Silberhöhe nicht mal so ein Kunstwerk gönnen. Also, da möchte ich mal sagen: Liebe Silberhöhe passt auf, die AfD gönnt euch irgendwie anscheinend so nichts.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Ich danke für die direkten Unterstellungen. Es ist einfach so, und das haben Sie ja vielleicht auch mitgekriegt, wenn Sie die Tagespresse oder die Nachrichten verfolgen, eigentlich ist kein Geld mehr da und dann ist für so ein Denkmal oder Kunstwerk oder wie Sie das bezeichnen sicherlich auch in fünf Jahren noch Geld, wenn es denn dann da ist.

Wenn ich heute gelesen habe, dass wir zwar ein Gefängnis planen, aber nicht wie wir das Geld planen, weil wir es nämlich nicht haben, dann kann ich nur sagen: Wir können immer weiter. Das ist der alte Stil, den Sie immer hatten, wie Sie immer drauf losgewurschtelt haben. Und da ist – Ja, richtig, richtig!

-Zwischenrufe-

Herr Eigendorf, Sie haben ja am Wochenende erlebt, wie das ist für ihre Partei. Und ...

-Zwischenrufe-

Genau, genau. So, und da will ich jetzt noch einfach sagen, wir stimmen dagegen, weil wir das nicht für richtig halten. Es hätte natürlich auch eingefädelt werden können in diese Hochwasserhilfen für den Trainingsplatz und dann hätte man das vielleicht dort irgendwo mit festmachen können, da ja bei den Bauwerken normalerweise 1 % für die Kunst vorgesehen ist. Das hätte dann da wahrscheinlich reingepasst. Ich weiß nicht, ob da was vorgesehen worden ist. Danke.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Es tut mir ja leid, aber das ... Also, Punkt eins: Gefängnisse ist Land nicht Stadt. Wissen Sie. Erzählen Sie bewusst Quatsch. Kennen wir ja.

Punkt zwei: Die Landtagswahlen haben hier mit dem Stadtrat wenig zu tun.

Punkt drei: Sie sind ja ...also zumindestens körperlich anwesend schon eine ganze Weile und wir reden jedes Mal über Fluthilfeprojekte und wir reden jedes Mal darüber, dass bei Fluthilfeprojekten sinnvollerweise nur nach dem aktuellen Stand der Technik das ersetzt werden kann und ersetzt werden darf, was vorher da war.

Wenn Sie diesen Trainingsplatz gekannt hätten, hätten Sie gesehen, dass so ein Denkmal davor noch nicht da war und natürlich ist es vernünftig, dass die Stadt sich mit anderen Akteuren Gedanken macht. Wenn wir einmal vernünftigerweise dieses Nachwuchsleistungszentrum in einen Stadtteil setzen, wo wir auch ein bisschen aufwerten können, wo wir da ein bisschen was bewegen können und dann die Stadtverwaltung sich mit anderen Akteuren mit dem Netzwerk Silberhöhe zum Beispiel Gedanken macht über die Frage „Was können wir denn noch machen und welche Möglichkeiten haben wir denn noch an der Stelle, mit Förderungen, mit gesetzlichen Möglichkeiten, die wir haben, was anzuschieben?“, dann kann man sich natürlich hier hinsetzen und immer erzählen, dass man das alles falsch findet, dann alles zusammenwerfen, was einem gerade so einfällt, je nachdem was für Überschriften man in der Zeitung gelesen hat.

Aber man kann natürlich auch überlegen, wie man diese Stadt und Stadtteile, die es schwerer haben als andere, voranbringt. Das hat die Stadtverwaltung gemacht. Da sehen wir uns auch in der Verantwortung und deswegen ist die Zustimmung vernünftig. Vielen Dank.

Herr Feigl

Herr Sehrndt nochmal.

Herr Sehrndt

Also ich sag mal so: Wer laut wird, hat ja noch nicht recht. Es ist einfach so, da gehe ich mit Ihnen mal auf den Sandanger Herr Eigendorf und dann gucken wir uns mal an, was – wie bitte?

-Zwischenrufe-

Ja ne, Ihnen passt doch sowieso alles. Und dann gehen wir mal hin und gucken uns an, was dort überflutet worden ist. Und dann gucken wir uns mal an was auf der Silberhöhe gebaut worden ist und dann machen wir mal so aus dem Kopf heraus einen Preisvergleich. Vielleicht finden wir auch die Zahlen oder kriegen die zur Verfügung gestellt, was in Wirklichkeit, ich sag jetzt mal brutal, das Land übers Ohr gehauen wurde mit der Fluthilfe, die wir uns hier angeeignet haben.

Ich sag dazu nichts, weil vielleicht machen das alle so, die von der Fluthilfe betroffen sind. Ja, das ist die, ich sage mal ... das betrifft andere Objekte ähnlich, aber sie wollen das einfach nicht wahrhaben. Sie wollen bloß ... Sie haben ein rotes Tuch oder ein blaues Tuch, sag ich jetzt mal, wenn Sie AfD hören, aber wenn wir was sagen, was in den Kram passt, dann sagen sie: Ja ne, so geht's aber nicht. Ja, das ist hier links das ähnliche.

Ja, richtig! Richtig! Das ist ganz einfach. ... Na, bitte. Und, verstehen Sie, Herr Eigendorf? Ich schlag Ihnen das vor. Ich kann Ihnen ... elf war schon mal ein Hochwasser, weil wir ja davon reden und ich habe das fotografiert, wie auf dem Sandanger die Autos in der Flut standen. Keiner hat sich gekümmert. Wie Geld vermässelt wird, das sind wahrscheinlich Ihre Parteifreunde

Herr Feigl

Ich lass ja gerne immer die Diskussion so laufen wie sie ist, aber jetzt im Moment in dieser dialogischen Auseinandersetzung glaube ich, sind wir über das Thema ein bisschen hinaus. Herr Rebenstorf nochmal.

Herr Rebenstorf

Ja, Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich möchte nur eins festhalten, weil das hier eben gefallen ist: Die Verwaltung hat nicht das Land übers Ohr gehauen an der Stelle. Dies ist zwar in einem anderen Geschäftsbereich gelaufen, aber ich kann Ihnen versichern, auch für unsere Bereiche: Wir legen hier eine fundierte Planung vor, abgestimmt mit den Partnern auch auf der Landesseite. Wir beachten die Richtlinien, die dafür notwendig sind. Ich will es nur für das Protokoll festgehalten haben, weil diese Aussage so nicht stehen bleiben kann im Raum. Danke.

Herr Feigl

Gut, dann haben wir das auch geklärt. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und wir können zur Abstimmung kommen.

Ich frage zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann der Vorlage so zustimmen? Den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Eins –zwei –drei –vier –fünf. Die Gegenstimmen. Die Stimmenthaltung. ... Ne, Sie sind noch nicht dran Herr Sehrndt ... Die Gegenstimmen. Die Stimmenthaltung. Das wäre einstimmig.

Und dann Frage ich die Stadträtinnen und Stadträte: Wer ist dafür? Die Gegenstimmen? Eine Gegenstimme. Die Stimmenthaltung. Damit haben wir das mit einer Gegenstimme so beschlossen.

- Wortprotokoll Ende -

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, dass für die Finanzierung eines Kunstwerkes (Erarbeitung und Errichtung) zum Thema „Wir lieben Fußball“ an der Karlsruher Allee vor dem HFC-Nachwuchsleistungszentrum innerhalb des Fördergebiets „Sozialer Zusammenhalt“ Silberhöhe, die maximale Höhe der Zuwendung aus dem Verfügungsfonds für dieses Projekt ausnahmsweise auf 30.000,00 € erhöht wird.

**zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 182 Sondergebiet Klinik Bergmannstrost -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VII/2023/05907**

Herr Feigl schlug vor, die Tagesordnungspunkte 5.3 und 5.4 zusammen zu diskutieren.

Herr Panian führte in die Beschlussvorlagen ein. Er erklärte, dass der Bebauungsplan zum Abschluss seines Verfahrens kommt und die Absicherung für Erweiterungen des Bergmannstrost in den nächsten Jahren gesichert ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Feigl** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 182 „Sondergebiet Klinik Bergmannstrost“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 5.4 Bebauungsplan Nr. 182 Sondergebiet Klinik Bergmannstrost -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2023/05908**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 182 „Sondergebiet Klinik Bergmannstrost“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 15.08.2023 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 19.09.2023 wird gebilligt.

zu 5.5 Verzicht Variantenbeschluss zur Umgestaltung der Emil-Abderhalden-Straße als Fahrradstraße
Vorlage: VII/2023/05923

Herr Otto führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein. Er erklärte, dass diese Vorlage auf einem Stadtratsbeschluss von 2015 beruht. Man versucht dadurch in Nebennetzstraßen, wo keine Förderung möglich wäre, Förderungen zu bekommen. Er sagte, es handelt sich dabei um eine geschätzte Summe von 5,5 Millionen Euro. Die Fahrradstraße soll als direkte Verbindung vom Steintorcampus zum Weinbergcampus genutzt werden. Beim Ausbau dieser Fahrradstrecke muss auf die zweite Parkplatzreihe verzichtet werden. Die Stellplatzfläche wird von ca. 110 auf 80 Plätze reduziert.

Herr Dreher fragte, wie der ruhende Verkehr verkehrsrechtlich geregelt wird. Er fragte, wie dies ausgedeutet wird.

Herr Otto sagte, dass es für diese Fahrradstraße eine Ausnahmeregelung geben wird, die im Rahmen der Planung besprochen wird. Er sagte, dass Anlieger weiterhin in die Straßen fahren dürfen.

Herr Wagner wies auf den Parksuchverkehr hin und fragte welche Maßnahme, außer einer Beschilderung, die Stadt in diesem Gebiet vorsieht. Weiter fragte er, ob am Kirchtor baulich etwas passieren wird, um die Ertüchtigung der kompletten Relation Weinbergcampus/Steintorcampus zu gewährleisten.

Herr Otto sagte, dass es Überlegungen gibt um auf möglichst die zu erwartenden Eventualitäten eines Förderprogramms reagieren zu können. Er sagte, dass für den Radverkehr eine feste Summe pro Jahr eingestellt wird. Der Vorschlag war mit einer Million zu beginnen und auf 3 Millionen zu erhöhen. Er ging auf den Parksuchverkehr ein und sagte, dass die Bewohnerparkzonen ausgewiesen werden, sodass der Parksuchverkehr etwas reduziert wird. Zum ganzheitlichen Mobilitätskonzept werden Quartierskonzepte erarbeitet, hier soll mit der Altstadt begonnen werden.

Herr Sehrndt sagte, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen kann, da man diese Straße im Moment nicht benötigt. Er bemängelte, dass die Öffentlichkeit nicht einbezogen wurde.

Frau Winkler bezog sich auf einen Beschluss von 2019 zum Fahrradstraßenkonzept. Sie fragte, ob dies vorliegt. Weiterhin sagte sie, dass die Straßen am Kirchtor und die Peißnitzstraße mit Kopfsteinpflaster belegt sind und sie fragte, wann die Anschlüsse fahrradfreundlich gestaltet werden.

Herr Otto antwortete, dass das Fahrradstraßenkonzept sich noch in Beratung befindet. Er bezog sich auf die Radverkehrskonzeption und sagte, dass geprüft wird, in welchen Abschnitten es sinnvoll ist eine Fahrradstraße zu bauen und wo es nicht sinnvoll ist. Westlich der Saale gibt es relativ gute Bedingungen.

Herr Schied fragte, ob auf der ganzen Strecke längerfristig geplant ist, Maßnahmen umzusetzen. Er wies auf den Berufsverkehr hin, gerade am Weinbergcampus.

Herr Otto sagte, dass bis jetzt nichts geplant ist. Die Schwanenbrücke ist denkmalgeschützt.

Herr Streckenbach bezog sich auf einen Baubeschluss zur Ludwig-Wucherer-Straße, welcher vom Landesverwaltungsamt als rechtswidrig eingeordnet wurde und auf die

Begründung der Stadtverwaltung. Weiterhin bezog er sich auf die jetzt geschätzten Baukosten von 5,5 Millionen Euro, bei dem die Verwaltung annimmt, dass es dann eine 90 % Förderung gibt. Er sagte, dass im Beschluss selber keine Fördermittel angegeben sind. Er fragte, ob es nicht andere wichtigere Stellen gibt, die man verbessern kann.

Herr Streckenbach sagte, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen kann.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Aussage zum Schreiben des Landesverwaltungsamtes falsch ist. Er sagte, dass mit dieser Straße zwei wichtige Standorte der Universität verbunden werden, was stark als Wirtschaftsförderung zu sehen ist, da viele Arbeitsplätze und Studenten von außerhalb mit drinhängen. Er wies darauf hin, dass es zwingend notwendig ist, diese Maßnahme durchzuführen, um der Universität und Bürgerinnen und Bürgern ohne Auto eine adäquate Verkehrsanlage zur Verfügung zu stellen.

Herr Schülke ging auf die Aussage von Herrn Streckenbach ein. Er sagte, dass der Beschluss zur Ludwig-Wucherer-Straße, kein rein verkehrsrechtlicher Beschluss gewesen ist. Er ist eine Mischung aus einer technischen Anpassung mehrerer Lichtsignalanlagen, einer technischen baulichen Anpassung von verschiedenen Straßenbelags- und sonstigen Gestaltungen. Er wies daraufhin, dass dies ausdrücklich in der Vorlage erläutert wurde.

Herr Feigl begrüßte die Vorlage ausdrücklich, weil es eine Verbesserung ist, die in diesem Stadtteil gebraucht wird. Er ging auf die Beschlussvorschläge ein und warb ausdrücklich für diese.

Herr Schied ging auf die Aussage von Herrn Streckenbach ein und sagte, dass die Radwege in der Ludwig-Wucherer-Straße kosmetisch gering verbessert wurden, da mehr nicht möglich ist. Aus diesem Grund ist diese Streckenführung zwischen den Campus Weinberg und Steintor zu begrüßen.

Frau Dr. Kreutzfeldt ging auf die Aussage von Herrn Streckenbach ein und sagte, dass es um einen grundhaften Ausbau einer Straße geht. Sie wies darauf hin, dass es die schnellste Strecke ist und äußerte ihre Zustimmung für die Beschlussvorlage.

Herr Feigl regte an, sich hier im Ausschuss inhaltlich mit der Beschlussvorlage auseinanderzusetzen.

Herr Dreher bat um eine ehrliche Einschätzung im Baubeschluss für die Parallelstraßen.

Herr Feigl wies darauf hin, dass dies im Mobilitätskonzept abgehandelt wird.

Frau Dr. Wünscher fragte, wie es sich verträgt, wenn immer mehr Kopfsteinpflaster verschwindet und wies daraufhin, dass die Stadt Halle eine Mittelalterliche Stadt ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Qualität der Bürgersteige besonders gut ist. Er sagte, dass eine gute Lösung mit dem breiten Bordstein, der Großgranitplatte, dem Kleinpflaster zur Hauswand gefunden wurde. Die Mitte des Radweges ist mit Asphalt belegt. Er wies darauf hin, dass es besondere Bereiche, wie um die Pauluskirche, geben wird. Er sagte, dass sich mit dem Denkmalschutz abgestimmt werden sollte, was Standardstraßen in der Gründerzeit sind und was platzartige städtebauliche Raumsituationen sind, wo man Sonderlösungen benötigt.

Herr Schülke ergänzte die Aussage von Herrn Rebenstorf dahingehend, dass am Ende der Denkmalschutz und die Stadtgestaltung in der Gesamtheit Vorrang haben muss. Er sagte, dass es nicht überall zugunsten des Radverkehrs eine flächige Veränderung geben kann.

Herr Streckenbach ging auf die Aussage von Frau Dr. Kreuzfeldt ein und sagte, dass er lediglich auf einen Widerspruch aufmerksam macht. Er wies auf den effizienten Mitteleinsatz hin und erklärte, dass man mit demselben Geld an anderer Stelle eine viel längere Strecke als Radfahrstraße ausbauen kann.

Herr Schültke sagte, dass es sich um einen Verzicht auf eine Variantendiskussion in einer Vorplanungsphase handelt.

Herr Sehrndt bezog sich auf die Emil-Abderhalden-Straße und sagte, dass dort viele Autos parken und weiter große Flächen mit Autos belegt sind. Er wies auf den schlechten Zustand dieser Straße hin.

Herr Feigl antwortet auf die Aussage von Herrn Sehrndt.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Aussage von Herrn Streckenbach und sagte, dass Fördermittel für geförderte Straßen auch nur für diese ausgegeben werden können. Weiterhin bezog er sich auf die Beschlussvorlage und fragte, ob es ein Wunsch ist, eine Million Euro im Haushalt 2024 zu haben oder ob dies bereits enthalten ist.

Herr Schültke sagte, dass die Öffentlichkeitsbeteiligungen zum Mobilitätskonzept bereits begonnen haben und die Bewertungen, Ergänzungen und Bemerkungen eingesammelt und dann der Arbeitsgruppe und anschließend dem Rat zugeführt werden.

Herr Dr. Meerheim fragte, warum die 1 Million für die Finanzierung von Radverkehrsprojekten nicht im Haushalt 24 zu finden ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Frage zur Million im Haushalt 2024 schriftlich nachgereicht wird.

Frau Dr. Kreuzfeldt erklärte, dass Parkplätze im öffentlichen Raum, der öffentliches Gut ist, eine Sondernutzung darstellen.

Herr Schied bezog sich die Gleichbehandlung und sagte, dass 1/3 der Bewohne in Halle kein Auto haben und es somit gerecht ist, die Radfahrer am Verkehr mit zu beteiligen.

Herr Sehrndt ging auf die Aussage von Frau Dr. Kreuzfeldt ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Feigl** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, bei der Maßnahme Umgestaltung der Emil-Abderhalden-Straße als Fahrradstraße auf Grund mangelnder baulicher Alternativen auf einen Variantenbeschluss zu verzichten
2. Der Umgestaltung der Fahrbahn in der Emil-Abderhalden-Straße zwischen Ludwig-Wucherer-Straße und Harz mit dem Ziel einer Ausweisung als Fahrradstraße wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel, die Maßnahme planerisch vorzubereiten.

zu 5.7 Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2023/06142

Herr Strauß führte in den Baubeschluss ein und sagte, dass es in dem ursprünglichen Baubeschluss um den Digitalpakt ging. Er sagte, dass bei der eigentlichen Bauausführung durch die Firma Vorort die ersten Leuchten installiert und alles augenscheinlich aufgenommen und demontiert wurde. Dabei wurde festgestellt, dass die Sicherheitsbeleuchtung eine Störung aufwies, die nicht mehr mit Ersatzteilen zu reparieren war und die Beleuchtung in der ganzen Schule mit der damals typischen DDR-Aluverkabelung montiert ist. Er sagte, dass das Thema mit den Planer aufgearbeitet wurde. Er erklärte, dass es sich bei einer Steigerung des Gesamtkostenaufwandes von 1,98 Millionen Euro, um eine Steigerung von ca. 800.000 Euro handelt.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob dies auch bei der Grundschule Rosa-Luxemburg berücksichtigt wurde.

Herr Strauß sagte, dass dies nicht sein Projekt ist.

Herr Kloevekorn sagte, dass im Vorfeld eine Schadstoffuntersuchung gemacht wurde.

Herr Feigl setzte **Herrn Kloevekorn** in das Mitwirkungsverbot und bat darum, dass der Ausschuss ein Rederecht beantragt.

Das Rederecht für **Herrn Kloevekorn** wurde durch Abstimmung bestätigt.

Herr Kloevekorn sagte, dass eine umfassende Schadstoffuntersuchung gemacht werden muss, die den Hochbau und den Haustechnischen Ausbau betrifft.

Herr Rebenstorf wies daraufhin, dass **Herr Kloevekorn** sich im Besucherbereich aufhalten muss, da er im Moment im Mitwirkungsverbot ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Feigl** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 19.01.2023 (VII/2022/05008) Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ mit einem erhöhten Kostenrahmen in einem Gesamtwertumfang von 1.985.300 Euro.

2. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101080.700 Projekt: Grundschule „Am Ludwigsfeld“ (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1002, 1247, 1273

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 156.700 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.21101088.700 Grundschule „Karl-Friedrich-Friesen“ (mit DP); HHPL Seiten 1009, 1247

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 156.700 Euro

3. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101080.700 Projekt: Grundschule „Am Ludwigsfeld“ (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1002, 1247, 1273

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 553.900 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.42401028.700 Sportkomplex Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau Laufhalle; HHPL Seiten 854, 1258, 1276

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 553.900 Euro

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD-Fraktion, MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Richtlinie für ein Baulandmodell Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06039

Frau Dr. Kreuzfeldt führte in den Antrag ein. Sie forderte die Stadt auf, gemeinsam eine rechtsichere Lösung zu finden.

Herr Golnik erläuterte den neuen Arbeitsstand anhand einer Präsentation zu der beiden Anträge unter TOP 6.1. und 6.2. Er sagte, dass es einen strengen kausalen Zusammenhang zum Bebauungsplan geben muss und es einer vorhabenbezogenen Angemessenheitsprüfung bedarf. Dazu wurde das Büro Quaestio beauftragt. Nach dem

ersten Zwischenstand ist zu sagen, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem geringen finanziellen Spielraum für Vereinbarungen zur Kostenbeteiligung mit Investoren führen. Nach den ersten Ergebnissen bleibt nur noch Spielraum für eine Kostenbeteiligung am sozialen Wohnungsbau. Er sagte, dass das Gutachten wahrscheinlich Ende Oktober, Anfang November vorliegt, und dann innerhalb der Verwaltung diskutiert wird. Weiterhin sagte er, dass die Verwaltung sich beim Ergebnis (Baulandmodell) auf das zweite Quartal 2024 orientiert.

Herr Sehrndt fragte, ob ein Überblick besteht wie viele leere Wohnung es in Halle gibt. Er erinnerte an den Abriss in der Theodor-Storm-Straße, wo er dagegen gestimmt hatte. Er sagte, vom Geld für den Abriss hätte man das Objekt neu renovieren können, mit Fahrstühlen und Balkonen.

Herr Schied begründete, warum er im Namen seiner Fraktion den Antrag unter TOP 6.2 vertagt hat.

Herr Dr. Meerheim rät zur Vertagung des Antrages TOP 6.1. Er bat um Zusendung der Präsentation im Nachgang des Ausschusses.

Herr Golnik sagte, dass die Präsentation an das Protokoll angehängt wird.

Frau Dr. Kreuzfeldt fragte, wie weiter verfahren wird.

Herr Feigl vertagte den Antrag im Namen seiner Fraktion in den nächsten Monat, um das Thema präsent zu halten.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell für die Stadt Halle (Saale) zu erarbeiten, die Investor*innen bzw. Eigentümer*innen bei Neubau- und Sanierungsvorhaben, bei denen eine städtische Bauleitplanung durchgeführt wird,
 - a. vertraglich an den Kosten für im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben erforderliche soziale Infrastruktur (zum Beispiel Kindertagesstätten und Schulen) beteiligt und
 - b. sicherstellt, dass ein Anteil von mindestens 20 % an Wohnungen (bezogen auf die Wohnfläche) mit sozialverträglichen Mieten mit einer Miethöhe von maximal 20 % über dem aktuellen KdU-Richtwert bereitgestellt wird.
2. Dem Stadtrat ist bis zum 1. Quartal 2024 ein entsprechender Entwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig“ zur Vorbeugung der Yuppiesierung von Stadtquartieren
Vorlage: VII/2023/05967**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit Trägern von Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die mehr als 20 Wohneinheiten umfassen und für deren Umsetzung ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt wird, einen Städtebaulichen Vertrag abzuschließen, mit dem abgesichert wird, dass 20 Prozent der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltmietpreis bereitgestellt werden, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20 Prozent nicht übersteigt.
2. Es ist sicherzustellen, dass diese Wohnungen auch an die Zielgruppen, für die sie vorgesehen sind, vermietet werden.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung zum Mobilitätskonzept

Herr Schültke sagte, dass der Entwurf des ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes ab dem 14.10.2023 bis zum 13.11.2023 für einen Monat für die Öffentlichkeit zur Einsichtnahme bereitgestellt wird und morgen eine entsprechende Pressemitteilung mit allen Informationen veröffentlicht wird.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Sehrndt zum Leerstand von Wohnraum in Halle

Herr Sehrndt fragte, welche Erkenntnisse über den Leerstand von Wohnräumen im Stadtgebiet Halle vorliegen.

Herr Golnik sagte, dass regelmäßig alle zwei Jahre ein Wohnungsmarktbericht veröffentlicht wird, in dem die Leerstandszahlen nach Stadtteilen aufgliedert werden. Dies erfolgt auf Grundlage einer Zuarbeit der Halleschen Wohnungsunternehmen. Er sagte eine Information zum letzten bekannten Sachstand zu.

zu 8.2 Frau Dr. Kreuzfeldt zur Birkenallee

Frau Dr. Kreuzfeldt fragte, ob die Baumaßnahme in der Birkenallee noch in diesem Jahr begonnen wird. Sie wies außerdem darauf hin, dass parallel dazu im Moment Leitungen verlegt werden und fragte, worum es sich bei dieser Maßnahme handelt.

Weiterhin wies sie darauf hin, dass im Bereich des Vorplatzes der Peißnitzbrücke sehr nah an der dort befindlichen Platane ein Loch ausgehoben wurde, sodass die Wurzeln beschädigt werden könnten. Sie bat darum, dies zu prüfen.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Frau Dr. Kreuzfeldt zu Trinkbrunnen

Frau Dr. Kreuzfeldt fragte, wann die Umsetzung der geplanten Trinkbrunnen erfolgt.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung über das DLZ Klimaschutz zu.

zu 8.4 Herr Eigendorf zur Rathausstraße

Herr Eigendorf bezog sich auf die Sanierungsarbeiten in der Rathausstraße insbesondere unter Einbeziehung der laufenden Arbeiten am Gebäude des Landgerichtes und bat um eine Information zum aktuellen Sachstand.

Herr Rebenstorf sagte, dass sich die Planung der Rathausstraße in der Leistungsphase drei befindet. Die Prüfung der Vorentwurfsunterlagen durch den Fördermittelgeber und die Auftragsfortführung der Leistungsphasen vier bis sieben wurden veranlasst. Der weitere Planungsfortschritt wird unter Berücksichtigung der Verwaltungsabläufe und der Richtlinien zum Planungsprozess erfolgen, sodass der Baubeschluss im Juni 2024 zur Beschlussfassung im Stadtrat vorgelegt werden kann. Der Baubeginn ist nach dem dann erfolgten Vergabeverfahren, voraussichtlich ab Sommer 2025, vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Sanierungsarbeiten am Landgericht bis dahin abgeschlossen sein werden.

zu 8.5 Herr Eigendorf zu Fußwegen

Herr Eigendorf verlas die vorab schriftlich eingereichten Fragen, wie folgt:

Trotha ist ein grünes Viertel im Norden von Halle. Rund um die Saaleschule gibt es allerdings einige Probleme: Fußwege sind so alt, dass sie noch sehr schmal sind und eine Begehung mit bspw. Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen nicht möglich ist. Hinzu kommt, dass viele Fußwege insbesondere in der Hans-Dittmar-Straße und der Victor-Klemperer-Straße stark verschmutzt und mit Unkraut bewachsen sind. Fragen wirft auch ein Grünstreifen an der Saaleschule auf, der momentan als Trampelpfad oder zum Parken genutzt wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

- 1. Inwieweit gibt es Bestrebungen die Fußwege im Bereich der Uranusstraße zu erneuern? Ist der Stadtverwaltung die schlechte Barrierefreiheit auf Grund fehlender Absenkungen bekannt? Falls ja, welche Maßnahmen sieht die Stadtverwaltung, um die Barrierefreiheit zu verbessern?*
- 2. Welche Maßnahmen sieht die Stadtverwaltung, um die Fußwege der Hans-Dittmar-Straße und Victor-Klemperer-Straße vom vielen Unkraut und Dreck zu befreien?*
- 3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, den Grünstreifen Victor-Klemperer-Straße/Ecke Saaleschule sinnvoll zu nutzen? Kommt eine Installierung eines Parkplatzes in Frage?*

Herr Rebenstorf bezog sich auf Frage eins und sagte, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit immer in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erfolgen. Unabhängig davon wird geprüft, ob dort Schäden vorliegen und welche kurzfristig aufgrund von Gefahr im Verzug fortlaufend zu beseitigen sind.

Bezüglich Frage zwei sagte er, dass die Reinigung der Fußwege zu einem Großteil in die Anliegerpflicht fällt und dies auch für die Beseitigung des Grünbewuchses gilt. Der erforderliche Rückschnitt der Gehölze im benannten Straßenabschnitt wird alsbald durch die Verwaltung erfolgen.

Hinsichtlich Frage drei sagte er, dass eine Prüfung des Vorschlages erfolgt und über die Ergebnisse zu gegebener Zeit informiert wird.

zu 8.6 Herr Streckenbach zur Buna-Siedlung

Herr Streckenbach bezog sich auf die Baustelle in der Buna-Siedlung und sagte, dass dort momentan großflächig Glasfaserkabel verlegt werden. Aufgrund des ausgewiesenen Parkverbotes entsteht für Anwohner derzeit ein massives Parkproblem. Er fragte, wann mit einer Verbesserung des Zustandes zu rechnen ist.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.7 Herr Streckenbach zum Radverkehr Rosengarten

Herr Streckenbach bezog sich auf die Radverkehrsmaßnahme Nr. 74 im Umsetzungsplan Radverkehrskonzeption 2020 bis 2025 am Rosengarten. Er fragte, ob die Verwaltung derzeit an der Umsetzung der Maßnahme arbeitet, zusätzlich in Verlängerung über die Otto-Straße bis zum Anschluss Dieselstraße, möglicherweise unter Einbeziehung einer 90-prozentigen Förderung aus Radverkehrsfördermitteln, die der Stadt derzeit in Aussicht gestellt werden.

Herr Schültke sagte, dass momentan die internen Vorarbeiten dafür laufen und in Abhängigkeit der für 2024 konkret zur Verfügung stehenden Finanzmittel die weiteren Planungen forciert werden. Zur flächendeckenden Verbesserung des Radverkehrs im Stadtgebiet erfolgt intern die Erarbeitung einer Prioritätenliste für entsprechende Maßnahmen.

Die Antragstellung, die die Stadt Halle beim Land platziert hat, übersteigt zudem die Gesamtmittel der Landesförderung, sodass nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden können.

Herr Streckenbach fragte, ob diese Maßnahme eine höhere Priorisierung erfahren wird.

Herr Schültke bejahte dies.

zu 8.8 Herr Feigl zur Schorre

Herr Feigl bat um eine Information zum Sachstand der Maßnahmenumsetzung an der ehemaligen Schorre, inklusive einer Mitteilung zum Baubeginn, dem Umfang der Maßnahme, den geplanten Baumfällungen etc.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Investor für dieses Vorhaben derselbe ist, wie beim Projekt in der Kleinen/Großen Brauhausstraße. Er sagte die Abforderung eines aktuellen Sachstandes beim Investor zu.

zu 8.9 Herr Feigl zum Gefängnisneubau

Herr Feigl bezog sich auf die mediale Berichterstattung über das geplante Projekt zum Gefängnisneubau in der Frohen Zukunft. Er fragte, inwieweit die Stadtverwaltung planerisch an dem Vorhaben beteiligt wird, da einige städtische Flächen von dem Vorhaben betroffen sind. Er bat um eine Information zum Kenntnisstand der Stadtverwaltung zu diesem Vorhaben.

Herr Rebenstorf sagte, dass dazu eine Abstimmung mit Herrn Bürgermeister Geier erfolgte und das Land schnellstmöglich aufgefordert wird, das geplante Vorhaben gegenüber dem Stadtrat zu erklären und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Er wies darauf hin, dass es sich um ein Projekt des Landes handelt, das eine hohe Sensibilität verlangt und daher das aufgezeigte Verfahren gewählt wurde. Zudem wird beim Land erfragt, was für den bisherigen Standort in der Frohen Zukunft vorgesehen ist.

zu 8.10 Herr Sehrndt zum sozialen Wohnraum

Herr Sehrndt fragte, ob es eine vorläufige Ermittlung der Kosten gibt, die dauerhaft bei der Stadt anfallen, z. B. Personalkosten.

Herr Golnik sagte, dass dies in die Betrachtung einfließen wird, jedoch momentan noch keine Erkenntnisse dazu vorliegen.

zu 8.11 Herr Dr. Meerheim zum Gefängnisneubau

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf den Gefängnisneubau in der Frohen Zukunft und sagte, dass den Berichten zu entnehmen war, dass die Stadt die Grundstücke mit einer Fläche von 16 ha bereits veräußert hat und bat um eine Information dazu.

Herr Rebenstorf sagte, dass kein Verkauf der Grundstücke aus dem kommunalen Besitz heraus erfolgt ist. Das Land hat über eine Tochtergesellschaft Flächen erworben die nun überplant werden. Darüber hinaus liegt derzeit keine Anfrage des Landes zum Erwerb städtischer Flächen vor.

zu 8.12 Herr Dreher zum Sophienhafen

Herr Dreher bezog sich auf den Bebauungsplan Sophienhafen Süd und fragte, wann mit der öffentlichen Auslegung als nächster Verfahrensschritt zu rechnen ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass zunächst ein Gespräch mit dem Investor geplant ist hinsichtlich des Projektumfanges und der eingegangenen Rückmeldungen aus der Offenlage. Danach erfolgt die Abschätzung über den weiteren Verfahrensweg.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

zu Behandlung TOP 5.6 + 5.6.1

zu 5.6 Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05918

Herr Feigl setzte **Herrn Kloevekorn** in das Mitwirkungsverbot.

Frau Schultze führte anhand einer Präsentation in den Variantenbeschluss ein und erklärte die 3 Varianten. Sie ging auf das Konzept der Sanierung ein und sagte, dass das bestehende Schulgebäude nach neustens energetischen Standards ertüchtigt wird. Die Schule wird 4,5 zügig, für bis zu 360 Kinder. Sie erklärte, dass die Bedingungen der Barrierefreiheit durch einen eingebauten Aufzug erfüllt werden.

Herr Schaper brachte den Änderungseintrag ein und äußerte sich zu den Bedenken, die im Bildungsausschuss zuvor besprochen wurden.

Frau Schultze widersprach den Bedenken von Herrn Schaper.

Herr Eigendorf sagte, dass im Bildungsausschuss der Vorlage mit einer breiten Mehrheit

zugestimmt wurde und sprach positiv zur geplanten Sanierung.

Herr Schiedung äußerte sich zu den 3 Argumenten, die für die Beschlussvorlage sprachen.

Herr Schaper fragte, warum so eine Neubauvariante überhaupt vorgestellt wurde. Weiterhin sagte er, dass trotz der Entkernung der alte Beton bleibt und er fragte, ob man dann das Gebäude in 30/40/50 Jahren nochmal sanieren wird.

Herr Feigl sagte, dass er sich gut informiert fühlt und es üblich ist, dass bei solchen Bauvorhaben Varianten dargestellt werden.

Frau Schultze antwortete, dass die Neubauvariante keine Billigvariante ist sondern sie erfüllt in den Flächen die nötigen Anforderungen Sie wies daraufhin, dass beim Neubau eine wirtschaftliche optimierte Lösung im Rahmen der Nachhaltigkeit gefunden werden muss.

Herr Dr. Meerheim stimmte Herrn Schaper zu und sagte, dass eine vierte Variante fehlt, die von einem Bildungs- und Pädagogischen Konzept ausgehen sollte. Er fragte, warum es nicht möglich ist, die Wünsche der Lehrer und Pädagogischen Mitarbeiter zu berücksichtigen, wie in der Schimmelstraße.

Frau Schultze widersprach dem Eindruck von **Herrn Dr. Meerheim**. Sie sagte, dass der GB IV auch für die Schimmelstraße ein Raumprogramm erstellt hat und es vorab keine Gespräche mit Lehren und Pädagogischen Mitarbeitern gab, weil es die noch nicht gibt. Weiterhin sagte sie, dass die Schulleiterin sich von Anfang an zu den Varianten positioniert hat und das Votum für die Variante B gegeben wurde.

Herr Schied stimmte dem Antrag zu und sagte, dass es durch die Sanierung eine immense Verbesserung ist. Er wies daraufhin, dass in der Klimabilanz diese Überlegungen eine Rolle spielen und diese positiven Aspekte mehr hätten herausgearbeitet werden sollen.

Frau Schultze sagte, dass dies immer Teil in der Betrachtung war.

Herr Feigl sagte, dass bei allen Baumaßnahmen in der Stadt zu erwarten ist, dass neben der wirtschaftlichen Betrachtung auch eine Nachhaltigkeitsbetrachtung erfolgt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Feigl** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Variante 2 - Teilabbruch, Sanierung Bestand und Ergänzungsneubau für den künftigen Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als Vorzugsvariante i.H.v. 18.100.000,00 € (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

zu 5.6.1 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum
Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in
der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06257**

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Variante ~~2 - Teilabbruch, Sanierung Bestand und
Ergänzungsneubau~~ **3 - Gesamtabbruch und Neubau Schulgebäude** für den künftigen
Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als
Vorzugsvariante i.H.v. ~~18.100.000,00~~ **20.000.000,00** € (brutto) und beauftragt die Verwaltung
auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

Herr Feigl beendete den öffentlichen Teil und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
Stellvertretender Protokollführer